



Antidiskriminierungsstelle: Lüders warnt vor "neuer Homophobie in Deutschland"

Antidiskriminierungsstelle: Lüders warnt vor "neuer Homophobie" in Deutschland
Internationaler Tag gegen Homophobie und Transphobie:
Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Christine Lüders, warnt vor einer "neuen Homophobie" in Deutschland. Vor dem Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie am 17. Mai sagte Lüders, sie sehe "besorgniserregende Anzeichen" für schwulen- und lesbenfeindliche Tendenzen "in allen Bereichen der Gesellschaft".
"Ein prominenter Publizist schreibt 'Ich bin wohl homophob. Und das ist gut so, eine Büchner-Preisträgerin zweifelt öffentlich daran, ob lesbische Paare Kinder bekommen sollten - und in der Debatte um den Bildungsplan in Baden-Württemberg wird über 'negative Begleiterscheinungen des LSBTTIQ-Lebensstils schwadroniert. Aus all diesen Äußerungen spricht eine tiefe Abneigung gegen Vielfalt. Das führt geradewegs zu Ausgrenzung und Abschottung gegenüber all denen, die vorgeblich nicht normal sind', sagte Lüders. 'Junge Schüler bekommen das schon auf dem Schulhof zu hören, wenn sie mit 'schwule Sau' beschimpft werden", ergänzte Lüders und verwies auf den Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes an den Deutschen Bundestag vom vergangenen Herbst. Die ADS plädiert darin unter anderem für die Einführung von Beschwerdestellen für Schülerinnen und Schüler auf Landesebene.
Lüders rief darüber hinaus dazu auf, die Opfer des menschenrechtswidrigen "Schwulen-Paragrafen" 175 SGB zu rehabilitieren und zu entschädigen. "Ich appelliere an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, aktiv zu werden, ehe die meisten Opfer verstorben sind", sagte Lüders.
Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Glinkastraße 24
10117 Berlin
Pressestelle
Sebastian Bickerich
Kristin Döge
Tel.: 03018 555-1805
Fax: 03018 555-41805
presse@ads.bund.de

Pressekontakt

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

10117 Berlin

Firmenkontakt

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

10117 Berlin

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 gegründet worden. Ziel des Gesetzes ist es, Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.